

## Wahlkampfhilfe aus USA

*Herbert Wulff*

Das Verwirrspiel um den Verkauf von Opel ist - vielleicht endgültig - beendet. Nachdem es zuletzt hieß, General Motors (GM) wolle den deutschen Autobauer im Konzernverbund halten, kam am Donnerstag nachmittag die offizielle Mitteilung: Der GM-Verwaltungsrat hat einem Verkauf von insgesamt 55 Prozent der Anteile an den kanadisch-österreichischen Zulieferer Magna und die russische Sberbank zugestimmt. 35 Prozent will der US-Konzern behalten, zehn Prozent sollen die Beschäftigten im Gegenzug für Lohnverzicht bekommen. Diverse »Schlüsselfragen« müßten in den kommenden Wochen allerdings noch geklärt werden, heißt es in einer Unternehmensmitteilung. Die für heute geplante Demonstration der Opel-Belegschaften in Eisenach wurde daraufhin abgesagt.

Beschäftigtenvertreter und Politiker zeigten sich erfreut über den Beschluß der GM-Spitze. Der Bochumer Betriebsratsvorsitzende Rainer Einkenel erklärte: »Wichtig für uns ist, daß die absurden Schließungspläne von General Motors vom Tisch sind.« Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) wies allerdings darauf hin, daß es in Bochum auch unter Magna einen Arbeitsplatzabbau geben werde. Angaben über die Zahl der gefährdeten Stellen konnte er nicht machen. Sein Amtskollege aus Hessen, Roland Koch (CDU), nannte die Entscheidung den »entscheidenden Durchbruch, auch wenn in den nächsten Wochen noch viel zu tun ist«. »Die Geduld vieler Menschen ist auf eine harte Probe gestellt worden, aber der Kurs des Betriebsrates, mit Entschlossenheit und mit Umsicht zugleich vorzugehen, hat sich als richtig erwiesen«, erklärte der CDU-Politiker am Donnerstag in Berlin.

Oliver Burkhard, Leiter des IG-Metall-Bezirks NRW, warnte vor übergroßer Euphorie. Zwar sei die Entscheidung positiv, doch beginne die eigentliche Arbeit erst jetzt. »Wir machen uns keine Illusionen. Auch mit Magna wird das kein Spaziergang, aber wenigstens steht jetzt die Richtung fest.« IG-Metall-Chef Berthold Huber betonte: »Ich hoffe, daß jetzt der Knoten gelöst ist, und daß niemand neue Hindernisse aufbaut.«

Angela Merkel (CDU) begrüßte die Entwicklung »außerordentlich«. Die Entscheidung liege auf der Linie dessen, was sich Bundesregierung und Beschäftigtenvertreter gewünscht hätten, so die Kanzlerin am Donnerstag in Berlin. »Die Weichen für Opel Europa sind damit gestellt.« Der Neuanfang werde allerdings »nicht einfach sein«, erklärte Merkel, die darüber bereits mit Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz gesprochen habe. »Geduld, Zielstrebigkeit und Klarheit aller Ressorts der Bundesregierung haben einen Beitrag geleistet«, erklärte sie.

Gregor Gysi, Linksfraktionschef im Bundestag, forderte hingegen, die Regierung müsse ihre »Abwartehaltung« endlich aufgeben, nachdem »der Poker um Opel mit Glück hoffentlich überstanden ist«. Bei den Magna zugesagten Bürgschaften und Krediten in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Euro dürfe sich die Bundesregierung nicht zurücklehnen. »Die von Magna abgegebenen Zusicherungen sind in einem hart umkämpften und von Überproduktion gekennzeichneten Markt zu vage, als daß der Kampf um die Arbeitsplätze bei Opel, Zulieferern und Dienstleistern schon beendet ist«, betonte Gysi. Der Investor hatte zugesagt, keinen der vier deutschen Standorte zu schließen.